



Hans-Jürgen Urban
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Das ist das Mindeste! Faire Löhne - Gute Arbeit - Soziale Sicherheit

Braunschweig, 1. Mai 2011

Sperrfrist Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Raus aus der Atomkraft – rein in die Energiewende!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wirklich, wir leben in verrückten Zeiten.

Die Ereignisse rasen mit unbekanntem Tempo.

Jahrelang sagte man uns, mit der Atomkraft habe man das Ei des Kolumbus entdeckt.

Billig, umweltschonend und sicher sollte sie sein.

Noch vor wenigen Monaten beglückten die Atomparteien CDU, CSU und FDP die Energiekonzerne mit einer Verlängerung der AKW-Laufzeiten.

Die Konzerne freuten sich auf 100 Mrd. Extra-Profite - und die Strompreise stiegen munter weiter.

Und dann Fukushima!

Kolleginnen und Kollegen!

Der Tsunami spülte das ganze Lügengebäude hinweg.

Das Leid der Menschen verschwindet langsam aus den Nachrichten, unser Mitgefühl und unsere Solidarität sollten das nicht!

Doch die wichtigste Botschaft der Stunde lautet: Konsequenzen ziehen!

Ohne Tricks und Wahlkampfaktik!

Fukushima zeigt:

An der Atomenergie ist nichts sicher – außer dem Risiko.

- Sie verschlingt Milliarden an Subventionen.
- Sie birgt unkalkulierbare Risiken in sich.
- Und sie hinterlässt den nachkommenden Generationen Tonnen von Giftmüll!

Und daher sage ich an die Adresse von Frau Merkel:

Ein hektisches Moratorium in Wahlkampfzeiten - das reicht nicht!

Jetzt muss konsequent gehandelt werden.

Wir fordern:

Raus aus der Atomkraft – schaltet die Dinger ab!

Je schneller, desto besser!

Kolleginnen und Kollegen,

Atomenergie bedeutet Atommüll – unausweichlich!

Die Niedersachsen können ein trauriges Lied davon singen.

Die Strophen beginnen mit: Gorleben - Asse II - Schacht Konrad.

Jahrelang haben sie uns erzählt: Asse II ist sicher.

Doch die Vorfälle der letzten Jahre zeigen erneut:

Eine sichere Lagerung von Atommüll ist eine Illusion.

Der beste Umgang mit dem atomaren Müll ist, ihn zu vermeiden.

Und deshalb sage ich:

Wir wollen keine Atomkraft,
wir wollen keinen Atommüll
und wir wollen keine Endlager!

Nicht in Niedersachsen, nicht in der Republik und auch nicht anderswo!

Für einen sozial-ökologischen Umbau

Kolleginnen und Kollegen,

Es gibt Alternativen zur schmutzigen Atomenergie.

- Energieeffizienz verbessern;
- Energieverschwendung vermeiden und
- erneuerbare Energien ausbauen – von der Windkraft bis zur Solarenergie.

Hier liegt die Zukunft – für Wohlstand und Beschäftigung.

Bis zu einer Mill. neue Arbeitsplätze könnten hier entstehen.

Ja, wir brauchen, wir wollen den sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft.

Nicht zulasten von Beschäftigung, sozialer Sicherheit und Wohlstand - Sondern um sie für die Zukunft zu sichern.

Gewerkschaften und Betriebsräte haben Vorschläge vorgelegt:

- Für saubere und sichere Energie!
- Für saubere und sichere Arbeitsplätze!
- Und für sozialen Schutz beim Umbau der Wirtschaft!

Das sind Wegemarken in eine nachhaltige Zukunft!

Und dafür kämpfen die deutschen Gewerkschaften!

Die nächste Krise verhindern – das Kasino schließen!

Aber, Kolleginnen und Kollegen,

Da gibt es noch ein Problem.

An den Finanzmärkten herrscht wieder Partylaune!

Hedgefonds, Private Equities und Investmentbanken jonglieren wieder mit Finanzprodukten, hinter denen keine Werte stehen – dafür umso mehr Profitgier!

Und sie genehmigen sich kaltschnäuzig Millionengehälter und nicht selten Milliarden-Boni!

35 Mrd. Dollar haben die Wall-Street-Banker im letzten Jahr kassiert!

Unvorstellbar!

Kolleginnen und Kollegen!

Kommt uns das nicht bekannt vor?

Wollen wir zuschauen, wie sie den Karren wieder in den Dreck fahren?

Wollen wir noch einmal Rettungsschirme für Investmentbanker aufspannen, die uns Milliarden und Abermilliarden kosten?

Ich sage:

Solange das Kasino geöffnet ist, wird die Gier der selbsternannten Wirtschaftselite nicht verschwinden.

Und deshalb muss es geschlossen werden!

Und das geht so:

- Harte Eigenkapitalquoten und Auflagen für alle Geldinstitute, um die Spekulationssummen zu begrenzen.
- Eine Finanztransaktionsteuer, um Spekulationsgewinne abzuschöpfen.
- Und ein gesetzliches Verbot jener Finanzprodukte, die kein anderes Ziel haben, als aus Millionären Milliarden zu machen!

Und ich füge hinzu:

Wenn diese schamlosen Bonus-Zahlungen nicht verboten werden können, dann sollten sie eben weggesteuert werden - über eine angemessene Vermögenssteuer!

Was in Obama's Amerika geht, das sollte doch auch in Europa machbar sein!

Für eine gerechtere Weltordnung!

Kolleginnen und Kollegen,

eine erneute Finanzkrise wäre eine Katastrophe.

Für uns, und andere Regionen der Welt.

Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die Kluft zwischen Wohlstands- und Armutszonen nicht erfunden - aber er hat sie erheblich vertieft.

Wir leben in einer Welt, in der die obersten 15 Prozent der Menschheit

- fast 90 Prozent des Weltkonsums,
- fast 60 Prozent der Weltenergie,
- und gut 80 Prozent des Welteinkommens für sich beansprucht,

Und dem unteren Fünftel der Menschheit stehen

- gerade einmal 1,3 Prozent des globalen Konsums
- und 4 Prozent der Energie
- und weniger als 3 Prozent des globalen Einkommens zur Verfügung.

Von Mangel an Nahrung und Trinkwasser ganz zu schweigen.

Kolleginnen und Kollegen,

Ein „Imperium der Schande“ - so hat der langjährige UN-Berichterstatler Jean Ziegler diese Weltordnung genannt.

Und genau das ist es: Ein Imperium der Schande!

Ich rufe in Erinnerung:

Der 1. Mai war stets auch der Tag der internationalen Solidarität.

Aber: Zu oft endet diese gute Tradition am Gartenzaun der eigenen Sorgen.

Ja, es geht um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Entrechtung hier bei uns – selbstverständlich!

Aber es geht auch um die Überwindung einer Wirtschaftsordnung, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen teilt.

Nicht Menschenwürde und internationale Solidarität, sondern dieser Finanz-Kapitalismus, der Menschen verachtet und die Natur zerstört, ist ein Irrtum der Geschichte.

Und deshalb wird es höchste Zeit, dass er von der Bühne abtritt.

Faire Löhne und Gute Arbeit auch bei uns!

Aber, Kolleginnen und Kollegen,

wer die Welt im Großen ändern will, der muss zu Hause anfangen.

Auch in der Wohlstandsregion Europa sind Niedriglöhne und prekäre Arbeit auf dem Vormarsch.

Auch in Deutschland gibt es genug zu tun.

Die jüngste Krise ist noch nicht überwunden, schon feiert die Politik den neuen Aufschwung.

Aber Vorsicht!

Diese Jahrhundertkrise hat tiefe Spuren hinterlassen:

Die Automobilindustrie boomt, aber viele Branchen sind längst nicht über den Berg.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben trotz Kurzarbeit für die Krise teuer bezahlt:

Mit Arbeitsplatzverlusten, mit Einkommenseinbußen, mit betrieblichem Sozialabbau und Nullrunden bei den Renten.

Und jetzt geht es wieder aufwärts- richtig!

Durch das unermüdliche Engagement tausender Betriebsräte haben viele Unternehmen die Krise überstanden.

Auch die Dax-Konzerne fahren wieder satte Gewinne ein.

- 2010 haben sie einen Rekordgewinn von 97 Milliarden Euro eingefahren; 66 % mehr als im Vorjahr;
- 25,6 Milliarden haben sie an ihre Aktionäre ausgeschüttet – ein Plus von 28 %,
- und die Vorstandsvorsitzenden kassierten im Schnitt über 4 Mill. € ; das sind 16 % mehr als im Vorjahr.

Aber: Kolleginnen und Kollegen,

wie sagt der Volksmund so treffend: „Undank ist der Welten Lohn“.

Sozialpartnerschaft war gestern - da brauchten sie uns wegen der Krise.

Heute machen sie wieder knallharte Interessenpolitik.

Wo neue Arbeitsplätze entstehen, sind es zumeist befristete, unsichere und schlecht bezahlte.

Vor allem Berufseinsteiger werden jahrelang in eine Kette aus unsicheren Arbeitsverhältnissen gezwungen.
Kolleginnen und Kollegen!

Ich gebe zu: Das macht mich traurig und zornig zugleich.

Wie sollen junge Menschen sich ihr Leben aufbauen, wenn alles unsicher ist?

Wie sollen sie eine Familie gründen, wenn ihnen die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust im Nacken sitzt?

Wer keine feste Beschäftigung vorweisen kann, der kriegt doch nicht mal einen Kredit bei der Sparkasse!

Nein, das ist Betrug an einer ganzen Generation und das werden wir nicht hinnehmen!

Die Jugend darf nicht zur „Generation Prekär“ werden!

Sie hat ein Recht auf gute Ausbildung und eine gesicherte Berufsperspektive!

Sie hat ein Recht auf eine soziale Zukunft!

Und dafür werden wir auch weiterhin kämpfen!

Ja, Kolleginnen und Kollegen!

Arbeit galt einmal als Quelle von Wohlstand für alle - heute ist sie Quelle von Armut für viele.

- 20 Prozent aller Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnsektor, mitunter zu Löhnen von 3, 4 oder 5€ - amerikanische Verhältnisse in Deutschland!
- Immer mehr Menschen brauchen Hartz IV – trotz Arbeit.
- Und die Zahl der Leiharbeiter hat die Million-Grenze überschritten.

So kann, so darf das nicht weitergehen.

Hungerlöhne, Lohndumping und Leiharbeit sind keine Merkmale einer modernen Wirtschaft - sie sind ein sozialstaatlicher Skandal!

Und deshalb fordern wir:

Schluss mit den Zwei-Klassen-Belegschaften in den Betrieben!

Gleiche Arbeit, Gleiche Rechte, Gleiches Geld - das muss sein!

Und wir fordern:

Her mit gesetzlichen Mindestlöhnen! Unter 8,50 Euro die Stunde darf nichts gehen.

Der Lohn muss zum Leben reichen, alles andere ist würdelos.

Und das ist mit uns nicht zu machen!

Für Freizügigkeit in einem fairen Arbeitsmarkt!

Kolleginnen und Kollegen,

Ein fairer Arbeitsmarkt ist auch mit Blick auf die neue Arbeitnehmerfreizügigkeit unverzichtbar - sie gilt ab heute für ganz Europa.

Viele befürchten Konkurrenz und Lohndrückerei.

Und viele Unternehmen freuen sich auf die Billig-Arbeit aus Osteuropa.

Ich sage:

Die Einen müssen wir schützen.

Den Anderen müssen wir einen Strich durch die Rechnung machen!

Dazu brauchen wir klare Regeln und Mindeststandards!

Und wir brauchen eine strikte Überwachung derer, die Vermittlung und Verleih von Arbeit betreiben.

Wir sagen Ja zur Freizügigkeit, aber Nein zu Ausbeutung und Lohndumping!

Wir wollen faire Löhne in einem sozialen Europa!

Und die Kolleginnen und Kollegen, die fern von ihrer Heimat für sich und ihre Familien eine Perspektive suchen, die heißen wir herzlich Willkommen!

Sozialstaatliche Hilfe statt sparen bei Hartz IV

Kolleginnen und Kollegen!

Europa steckt in einer Schuldenkrise, viele fürchten um die Stabilität des Euro.

Auch bei uns haben milliardenschwere Rettungsprogramme für Banken und Konjunktur Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen.

Viele Kommunen sind schlichtweg pleite.

Herausforderungen gibt's genug – aber wie reagiert die Politik?

Privilegienschutz für die Krisenverursacher und Sozialabbau für die Krisenopfer – so lautet ihre Devise!

Sage und schreibe 30 Milliarden kassiert das sogenannte Sparpaket bei Langzeitarbeitslosen und Familien ein.

Selbst der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld für Arbeitslose wurde gestrichen!

Und dann diese schändliche Entscheidung zu Hartz IV.

Der politische Berg bebte und gebar ein sozialpolitisches Mäuslein.

- Fünf Euro und noch mal drei Euro mehr für Erwachsene;
- Die Regelsätze für Kinder bleiben unverändert.

- Und das Bildungspaket ist hübsch verschnürt, doch was drin ist und wie man ran kommt, das scheint ein Geheimnis von Frau von der Leyen zu sein.

Und die Begründung ?

Die Löhne der Niedrigverdiener seien auch nicht stärker gestiegen, hieß es.

Kolleginnen und Kollegen!

Das ist dreist, ja das ist zynisch!

Erst fördert die Politik Leiharbeit, Minijobs und Niedriglöhne.

Und dann begründet sie damit mickrige Hart IV-Leistungen!

Banken und Energiekonzerne kriegen Milliarden hinterher geworfen.

Und bei der Umsetzung eines Verfassungsauftrages entdeckt man wieder die Haushaltszwänge.

Das ist unanständig!

Schämen sollten sie sich, die Damen und Herren in Berlin!
Nein, Kolleginnen und Kollegen!

Wir dürfen diese Politik der Spaltung in Beschäftigte und Arbeitslose nicht mitmachen.

Arbeitslose haben ihren Job verloren, nicht ihren Anspruch auf Solidarität.

Wir sagen:

Die sozialstaatliche Antwort auf Niedriglöhne heißt nicht sparen bei Hartz IV.

Sie heißt:

Schluss mit Dumpinglöhnen und her mit Leistungen, die für ein menschenwürdiges Leben der ganzen Familie reichen!

Das ist machbar, das ist notwendig und davon werden wir nicht lassen!

Weg mit der Rente ab 67!

Kolleginnen und Kollegen!

Solidarität ist auch die Antwort auf Probleme der Rentenkassen.

Schwarz-Gelb gebärdet sich als Wächter des Sozialstaates.

Aber Vorsicht: Diese Koalition bewacht die Sozialversicherungen wie der Dackel die Wurstplatte.

Ich sage nur: Rente ab 67.

Sie ist aus den Schlagzeilen verschwunden, aber das macht sie nicht besser!

Sie ist und bleibt eine grandiose Fehlentscheidung in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik.

Die Folgen werden sein: Mehr ältere Arbeitslose und gekürzte Renten!

Und wer uns was anderes vorgaukelt, der weiß nicht, wovon er redet oder will uns verarschen!

Kolleginnen und Kollegen!

Wir kennen die Arbeitsbedingungen in den Betrieben, und wir kennen die Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt.

Wir lassen uns kein X für ein U vormachen!

Die Rente ab 67 löst kein Problem, sie ist eine Zumutung!

Die Rente ab 67 - die muss weg!

Kolleginnen und Kollegen!

Auch in der Krankenversicherung läuft vieles schief.

Angela Merkel hat das Gesundheitsministerium der FDP ausgeliefert - und damit an die Lobby der Ärzte, der Apotheken und der Pharmaindustrie.

Und die werden jetzt bedient – schamlos und umfassend.

Die Kostenbremsen für ihre Einkommen werden gelockert, sie können auch in Zukunft ordentlich zulangen.

Die Arbeitgeber haben davon nichts zu befürchten; ihre Beiträge werden eingefroren.

Und wir werden zu den Zahlmeistern des Systems!

Wir müssen Leistungseinschnitte in Kauf nehmen, oder durch weitere, einseitige Zuzahlungen die Finanzmittel aufbringen, aus denen sich dann Ärzte, Apotheker und Industrie bedienen.

Klientelpolitik pur – zu unseren Lasten.

Kolleginnen und Kollegen!

Dem müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

Wenn der Herr Dr. Rösler weiter daran arbeiten will, die FDP zu ruinieren, dann soll er das tun – da wünsche ich ihm viel Erfolg!

Aber wenn er das gleich mit der solidarischen Krankenversicherung treibt, dann gibst nur eine Antwort:

„Nicht mit uns, Herr Doktor!“

Gesundheit ist keine Ware.

Und unser Gesundheitssystem ist kein Selbstbedienungsladen für Lobbyisten!

Deshalb: Finger weg von der sozialen Krankenversicherung!

Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Antwort heißt:

Solidarische Bürgerversicherung!

1. Ein Solidarsystem für alle - alle Erwerbstätigen rein in die gesetzliche Krankenversicherung.

2. Statt weiteren Vergünstigungen für Wirtschaft und Lobbyisten - Wiederherstellung der Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern;

3. Wer stärkere Schultern hat, kann auch mehr tragen – Hohe Einkommen und Vermögen sollen auch einen höheren Beitrag leisten.

Dafür werden wir weiter kämpfen.

Auch deshalb sind wir heute hier!

Nazis raus!

Kolleginnen und Kollegen!

Solidarität und Sicherheit sind Stützen einer sozialen - und einer demokratischen Gesellschaft.

Wo sie wanken, geraten Demokratie und Toleranz in Gefahr.

Immer wieder suchen Nazi-Aktivist*innen hier ihre Chancen.

Sie wollen auf der Flamme soziale Zukunftsängste ihre braune Suppe kochen.

Und die NPD genießt die Demonstrationsfreiheit und finanziert ihr rechtes Treiben aus der Erstattung von Wahlkampfkosten.

Am 4. Juni wollen die braunen Horden durch die Innenstadt Braunschweigs marschieren.

Ich rufe alle auf:

Kommt zur Gegendemonstration am 4. Juni!

Braunschweig gehört nicht den Braunen, Braunschweig gehört uns!

Und die NPD, die gehört verboten – und zwar sofort!

Aber, Kolleginnen und Kollegen, wir wissen auch:

Den Sieg über den alten und neuen Faschismus gilt es in den Köpfen zu erringen.

Viele Aktivist*innen haben Springerstiefel und Bomberjacken gegen feinen Zwirn getauscht.

Viele verbergen ihre brutale Botschaft hinter geschliffener Rhetorik.

Sie präsentieren sich als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und als Anwälte der Resignierten.

Entlarven wir ihre Lügen!

Nazis sind keine Sozialarbeiter!

Und Faschismus hat so wenig mit sozialer Gerechtigkeit zu tun wie Auschwitz mit freier Arbeit!

Wir sagen:

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Wir sagen Nein zu Menschenverachtung und Hetze gegen Minderheiten.

Wir wollen keine Nazis!

Nicht in Braunschweig, nicht in Deutschland - nirgendwo!

Krieg ist keine Lösung!

Kolleginnen und Kollegen,

Eine ungerechte, eine gesplante Welt wird nie eine friedliche sein.

Aus ihr werden Gewalt und Terror niemals verschwinden.

Mit größter Sorge sehen wir:

Kriege sind als Mittel der Politik wieder hoffähig.

Auch Europa setzt wieder auf die militärische Karte - und Deutschland ist mit von der Partie.

Mal offen mit Soldaten - wie in Afghanistan.

Mal mit Waffen und Logistik – wie in Libyen!

Auch hier ist die Politik der Bundesregierung doppelzünftig.

Sie enthält sich in der UNO, aber sie stellt deutsche Militärbasen zur Verfügung und hilft bei der Koordinierung des Krieges.

Kolleginnen und Kollegen!

Kein Zweifel:

Die Konflikte in Nordafrika sind unübersichtlich und der Freiheitswille der Menschen ist bewundernswert.

Es gibt keine einfachen Lösungen.

Aber der Krieg ist eben auch nicht die Lösung, er ist Teil des Problems!

Männer, Frauen und Kinder sterben,

- weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden,

- weil wirtschaftliche und geopolitische Interessen im Spiel sind
- und weil der Westen die Diktatoren der Region in der Vergangenheit unterstützt und gestärkt hat!

Ich bleibe dabei:

Kriege lösen keine Probleme, sie gießen Öl ins Feuer der Konflikte.

Wir brauchen humanitäre Hilfen und Alternativen zu militärischer Gewalt!

Bevor die Häuser brennen und Menschen sterben!

„Es rettet uns kein höhere's Wesen ...“ – für eine soziale Bewegung der Solidarität

Kolleginnen und Kollegen!

Die Zeiten sind schwierig und viel gibt's zu tun.

Für wichtige Ziele gilt es zu streiten:

- Für einen solidarischen Sozialstaat;
- für eine sichere Zukunft - ohne AKWs;
- und für eine gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen!

Manchmal fragt man sich:

Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Ein breites gesellschaftliches Bündnis der Solidarität.

Diesen Kampf werden wir selber führen müssen.

Die Bedingungen sind gar nicht so schlecht.

Ja, wir erfahren viel Zuspruch für unseren Kampf um Gute Arbeit, gesellschaftliche Solidarität und soziale Demokratie.

Vielleicht wächst in diesen Kämpfen ja auch die Erinnerung daran, dass wir als Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einmal für ein weitergehendes Ziel angetreten sind.

Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des heutigen Finanz-Kapitalismus.

Eine Gesellschaft, in der Solidarität und Humanität nicht immer wieder gegen die Interessen kleiner Minderheiten durchgekämpft werden müssen.

Für dieses Ansinnen ist die Arbeiterbewegung seit jeher eingetreten.

Es ist ein altes Ansinnen, aber zugleich das Aktuellste, das ich kenne.

Also: Auf geht's! Es lebe der 1. Mai!